



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
saar

dbb aktuell

30. Oktober 2018

Fortführung Gespräche „Zukunftssichere Landesverwaltung“

Themen:

- Stellenabbau
- Haushaltseckdaten 2019/2020
- Nachwuchs- und Karriereförderung
- Betriebliches Gesundheitsmanagement
- Lehrer und Schule
- Vereinbarkeit Familie und Beruf
- Einkommensrunde 2019

Am 30. Oktober trafen sich Landesregierung und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes um den seit 2012 geführten Dialog weiterzuentwickeln.

dbb-Landeschef Ewald Linn kritisierte zu Beginn des Gesprächs, dass die am 19. September 2017 geeinigten Ergebnisse zur Agenda der Jahre 2017-2022 nur sehr zögerlich umgesetzt werden. Insbesondere die Durchführung von Aufgabenkritik und Aufgabenwegfall in den 2013 eingerichteten Arbeitsgruppen unter Beteiligung der Interessenvertretungen orientieren sich kaum noch an dem vereinbarten Leitfadens „Aufgabenkritik und Sparpotenzial“. So hätten seit dem letzten Spitzengespräch am 19. September 2017 keine regelmäßigen Gespräche in den Arbeitsgruppen C „Aufgabenkritik und Sparpotenzial“ stattgefunden, obwohl dies als Daueraufgabe im Personalmanagementkonzept (PMK) festgeschrieben wurde. Um die aktuelle Situation zu verbessern, schlug der dbb vor, den Leitfadens für die Arbeitsgruppe C „Aufgabenkritik und Sparpotenzial“ vom 15. Januar 2013 zu

überarbeiten, mit den Gewerkschaften abzustimmen und den Ministerien und Dienststellen sowie Interessenvertretungen erneut als Handreichung vorzugeben.

Die Vertreter des dbb machten deutlich, dass durch den bisherigen Stellenabbau in vielen Bereichen der Landesverwaltung für die Beschäftigten die Grenze der Belastbarkeit erreicht bzw. überschritten ist. Deshalb erwartet der dbb von der Landesregierung, dass in den Bereichen, in denen gesetzliche Pflichtaufgaben zu erfüllen sind, und dort, wo die Belastbarkeitsgrenze der Beschäftigten erreicht ist, der geplante Personalabbau spätestens 2020 beendet wird. Auch darf es ab sofort **keine Zusatzaufgaben ohne Zusatzpersonal** geben. Zusätzlich forderte der dbb eine zeitnahe Belastungsanalyse für die Beschäftigten sowie Dienstvereinbarungen mit den Personalräten über den Umgang von **Gefährdungsbeurteilung** bzw. **Überlastungsanzeigen**.



Blick in die Gesprächsrunde (Foto Staatskanzlei)
dbb-Delegation Ewald Linn, Michael Leidinger, Sabine Meier und Dr. Marcus Hahn

Die **Landesregierung** sagte eine Überarbeitung des Leitfadens für die Arbeitsgruppe C „Aufgabenkritik und Sparpotenzial“ zu. Des Weiteren sollen die Ergebnisse der dezentralen AG'en C in der Zentralen AG C zusammengeführt werden. Eine Sitzung der Zentralen AG C soll bereits im November 2018 stattfinden. Auch die Aktivierung der **AG C für den Schulbereich** wurde dem dbb zugesagt.

Die Landesregierung will mit dem Lehrstuhl für Arbeitspsychologie Prof. Dr. König für das Thema **Belastungssituation** und **Gefährdungsanalyse** eine Kooperation schließen. Die weitere Vorgehensweise soll mit den Gewerkschaften und der Zentralen AG C abgestimmt werden.

Die dbb-Vertreter machten deutlich, dass die aktuellen Entwicklungen im **Bildungsbereich** und insbesondere die vermehrten Hilferufe der Lehrerinnen und Lehrer aufzeigen, dass die Schuldenbremse ein

effizientes und modernes Schulsystem mit all seinen Herausforderungen blockiert, weil die finanziellen Rahmenbedingungen einen hochwertigen Unterricht an den saarländischen Schulen nicht mehr flächendeckend gewährleisten. Der dbb forderte eine zeitnahe Entlastung der Lehrkräfte. Als ersten Schritt sagte die Landesregierung zu, im Haushalt 2019 für **Multiprofessionelle Teams** 500.000 Euro bereitzustellen.

Für den dbb ist wegen der demografischen Entwicklung der Fokus auf die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses im öffentlichen Dienst zu richten. Insbesondere mit Blick auf die anstehende Ruhestandswelle der geburtenstarken Jahrgänge, denn rund 30 Prozent des heutigen Personals werden in den kommenden 15 Jahren altersbedingt ausscheiden. Hier soll die Arbeitsgruppe „**Nachwuchsgewinnung und Karriereförderung (Arbeitgebermarketing)**“ unter Beteiligung der Gewerkschaften wieder aktiviert werden. Der dbb forderte die Rahmenbedingungen für Nachwuchskräfte im Wettbewerb zur freien Wirtschaft, aber auch gegenüber von Bund und Kommunen zu verbessern, insbesondere in den Bereichen, in denen ein Fachkräftemangel herrscht. Auch sollte die Landesregierung als öffentlicher Arbeitgeber eine Vorbildfunktion übernehmen und keine befristeten Arbeitsverträge mehr anbieten. Des Weiteren erinnerte der dbb die Landesregierung an ihre Prüfungszusage, die **Absenkung der Eingangsbesoldung** ab 2020 aufzuheben.

Auch die vom dbb im Rahmen der Umsetzung des Gesundheitsmanagements geforderte **Zentrale Beratungs- und Informationsstelle** für die Beschäftigten in den Landesverwaltungen soll nunmehr zeitnah realisiert werden.

Das Thema „**Lehrergesundheit**“ soll zügig weiterentwickelt und an das Niveau der übrigen Landesverwaltungen – bezogen auf die Besonderheiten im Lehrerbereich – angepasst werden. Das **BEM-Verfahren** im Lehrerbereich ist funktionsfähig. Es wurde eine Ombudsstelle mit Beratungs- und Informationsaufgaben mit zwei Lehrkräften (insgesamt 20 Zeitstunden) eingerichtet. Die Ombudsstelle soll auch präventiv bei der Beratung von Lehrkräften und mit einer „Lotsenfunktion“ für Lehrkräfte mit Problemen tätig sein.

Die Schaffung eines „**Versorgungsfonds**“ zur Sicherung der Zukunft der Beamtenversorgung bleibt für den dbb ohne Alternative. Die Landesregierung will bereits im Doppelhaushalt 2019/2020 ein Sondervermögen „Pensionsfonds Saarland“ einrichten.

Um die **Vereinbarkeit Familie und Beruf** weiterzuentwickeln, forderte der dbb die Berücksichtigung von

Kinderbetreuungszeiten als Vordienstzeiten bei der Einordnung in die besoldungsrechtlichen Erfahrungsstufen anzuerkennen. Die Landesregierung sagte dies zu. Des Weiteren sollen die Mutterschutzfristen bei Geburt eines Kindes mit Behinderung verlängert und die Inanspruchnahme von Erholungsurlaub bis 31. Dezember des Folgejahres flexibilisiert werden. Auch das Ansparen von Erholungsurlaub soll künftig für alle Beamte möglich sein.



(Foto dbb saar)

Ministerpräsident Tobias Hans (rechts) und Ministerin Anke Rehlinger (links) sowie die Gewerkschaftsvertreter erläuterten die Gesprächsergebnisse vor der Landespressekonferenz. dbb-Landeschef Ewald Linn (3.v.l.)

Ausblick Einkommensrunde 2019

Die Einkommensrunde der Länder zwischen dbb/ver.di und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) beginnt am 21. Januar 2019. Die dritte und entscheidende Verhandlungsrunde findet vom 28. Februar bis 2. März 2019 statt. Die Gespräche für die Besoldung der Landes- und Kommunalbeamten zwischen Landesregierung und Gewerkschaften sollen im März 2019 stattfinden.

Herausgeber:

dbb beamtenbund und tarifunion saar
Hohenzollernstraße41, 66117 Saarbrücken
Tel. 0681/ 51708, Fax 0681/ 581817
Mail: post@dbb-saar.de/
Internet: www.dbb-saar.de

Info/Aktuell_Gespräch_30.10.2018